

Armenien – Aserbaidshan – Georgien

Politik und Wirtschaft in den südkaukasischen Staaten 2007/2008

Zusammenfassung: Enorme Anspannung und Unruhe kennzeichnete das politische Geschehen in den drei südkaukasischen Staaten 2007/2008. In Armenien löste die Polizei nach der umstrittenen Präsidentschaftswahl im Februar 2008 Protestkundgebungen auf und tötete dabei mehrere Menschen. Im autonomen Gebiet Berg-Karabach lieferten sich armenische und aserbaidshanische Einheiten im März 2008 tagelange Gefechte, mehr als zehn Menschen starben. In Georgien wurden im November 2007 bei Straßenschlachten zwischen Demonstranten und der Polizei mehrere hundert Menschen verletzt. Im August 2008 eskalierte der Konflikt zwischen Georgien und dem autonomen Gebiet Südossetien zu einem fünf Tage dauernden Krieg, in den die Russische Föderation mit schweren Waffen eingriff. Ein Überblick in Zahlen und Fakten.

Armenien: Ein Land im Ausnahmezustand

Präsidentschaftswahl: Am 19.2.2008 wurde Ministerpräsident Sersch Sarkissjan im ersten Wahlgang zum neuen Staatschef der Kaukasusrepublik gewählt. Nach Angaben der Wahlkommission entfielen auf den Wunschnachfolger des bisherigen Präsidenten Robert Kotscharjan, der nach zwei Amtszeiten nicht mehr antreten durfte, 52,8 Prozent der Stimmen. Sein stärkster Herausforderer, Lewon Ter-Petrosjan, kam auf 21,5 Prozent. Ter-Petrosjan, der 1998 wegen Auseinandersetzungen über die Lösung des Konflikts um Berg-Karabach vorzeitig sein Amt als Präsident aufgegeben hatte, war im September 2007 überraschend in die Politik zurückgekehrt um in der Wahl gegen die nach seinen Worten korrupte Staatsmacht anzutreten. Dritttürkster Kandidat wurde der ehemalige Parlamentspräsident Artur Bagdarsarjan, der 16,7 Prozent der Stimmen für sich verbuchen konnte. Insgesamt bewarben sich neun Kandidaten für das höchste Staatsamt. Nach Angaben der OSZE beteiligten sich 70,5 Prozent der Stimmberechtigten an der Wahl. Die OSZE-Wahlbeobachter beurteilten den Urnengang als weitgehend demokratisch, bemängelten aber den einseitig geführten Wahlkampf und fehlerhafte Wählerlisten.

Proteste: Nach Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses kam es zu Demonstrationen. Die Opposition unter Führung Ter-Petrosjans weigerte sich, das Ergebnis anzuerkennen. Im Zentrum der Hauptstadt Jerevan versammelten sich Zehntausende zu friedlichen Kundgebungen und errichteten eine Zeltstadt, die von der Polizei am 1.3.2008 mit Gewalt aufgelöst wurde. Offiziellen Angaben zufolge starben dabei acht Menschen, lokale Beobachter berichteten dagegen von mehreren Dutzend Toten und mehr als 130 Verletzten. Präsident Kotscharjan verhängte daraufhin einen

20-tägigen Ausnahmezustand über Jerevan. Ter-Petrosjan wurde unter Hausarrest gestellt, mehr als einhundert seiner Anhänger wurden verhaftet. Hochrangige Regierungsbeamte, die die Opposition unterstützten, wurden entlassen. Kurz vor Aufhebung des Ausnahmezustands am 21.3. verabschiedete das Parlament im Eilverfahren ein Gesetz zur Einschränkung der Versammlungsfreiheit. Mit »politischen Spaziergängen«, öffentlichen Lesungen und Schachspielen umging die Opposition jedoch die neue Regelung.

Westliche Staaten reagierten zunächst verhalten auf das gewaltsame Vorgehen gegen die Opposition. Erst am 10.4.2008 kritisierte die slowenische EU-Ratspräsidentschaft die Einschränkung der Versammlungsfreiheit, der Europarat drohte am 17.4. mit dem Entzug des Stimmrechts in der Organisation.

Amtseinführung: Am 9.4.2008 wurde Sarkissjan als neuer Präsident vereidigt. Zum neuen Premierminister ernannte er den (nicht mit ihm verwandten) bisherigen Chef der Zentralbank, Tigran Sarkissjan. In seiner Antrittsrede sicherte Sarkissjan zu, allen Bürgern dienen zu wollen, zum Wohl einer besseren Zukunft des Landes. Begleitet wurde die Amtseinführung von Aktionen der Opposition, die nach wie vor das Wahlergebnis nicht anerkannte und Neuwahlen forderte. Trotz Straßensperren wurden zum Gedenken an die Zusammenstöße an zahlreichen Stellen Blumen niedergelegt und Kerzen angezündet.

Wirtschaft: Beim Besuch des iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad in Jerevan im Oktober 2007 vereinbarten beide Seiten den Ausbau der bilateralen Zusammenarbeit sowie Projekte im Bereich der Energiewirtschaft. Bereits im März 2007 hatten beide Seiten den ersten Teil einer Pipeline eingeweiht, die iranisches Gas nach Armenien transportiert. Iran ist wegen der geschlossenen Grenzen zu Aserbaidschan und der Türkei einer der wichtigsten Handelspartner Armeniens in der Region. Am 6.2.2008 vereinbarten Armenien und Russland in Jerevan eine Zusammenarbeit bei der Förderung der armenischen Uranreserven, die auf 30.000 bis 60.000 Tonnen geschätzt werden und in Russland angereichert werden sollen.

Aserbaidschan: Opposition unter Druck

Medien und Innenpolitik: Angesichts der für Oktober 2008 geplanten Präsidentschaftswahlen vergrößerte sich der Druck auf unabhängige Medien weiter. Im Oktober 2007 eröffnete die Staatsanwaltschaft Strafverfahren gegen 50 Journalisten, Ende 2007 befanden sich zehn Journalisten in Haft. Am 7.3.2008 wurde Ganimad Zachidow, Chefredakteur der Oppositionszeitung Asadlig (Freiheit), wegen »Hooliganismus« und »leichter vorsätzlicher Körperverletzung« zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Beobachter werteten das Strafmaß als Vergeltung für seine Berichte über die angebliche Korruption an der Staatsspitze. Die Organisation Reporter ohne Grenzen sowie westliche Staaten verurteilten die Entscheidung des Gerichts. Ein weiterer Journalist der Zeitung wurde nach einem Überfall am 20.3. ins Krankenhaus eingeliefert.

Unter verschärfter Kontrolle standen auch religiöse Gruppen. Am 27.10.2007 vereitelten die Behörden nach eigenen Angaben einen Anschlag islamistischer

Extremisten in der Hauptstadt Baku, mehrere Verdächtige wurden festgenommen. Am 10.12. verurteilte ein Gericht 15 Aserbaidsschaner der als islamistisch geltenden Gruppe Nima zu Haftstrafen, weil sie angeblich mit Hilfe des iranischen Geheimdienstes den Sturz von Präsident İlham Äliyev geplant hätten.

Außenpolitik: Die seit dem Amtsantritt von Gurbanguly Berdimuhammedow zunehmend verbesserten Beziehungen zu Turkmenistan wurden weiter ausgebaut. Am 5.3.2008 sagte Aserbaidsschan die Rückzahlung seiner Schulden aus Erdgasgeschäften von Anfang der 1990er Jahre zu. Beim ersten Besuch des turkmenischen Präsidenten Berdimuhammedow in Baku – auf so hoher Ebene hatten seit zwölf Jahren keine Gespräche stattgefunden – einigten sich beide Seiten auf eine verstärkte Kooperation im Energiesektor.

Wirtschaft: Produktionssteigerungen sowie die hohen Exportpreise im Erdöl- und -gassektor trugen maßgeblich zum Wirtschaftswachstum bei, das nach IWF-Angaben 2007 mit 30 Prozent nur leicht unter dem des Vorjahres (32 Prozent) lag. Einen deutlichen Boom erlebte auch die Baubranche: Nachfrageüberschuss und Spekulationen trieben die Immobilienpreise allein in der ersten Jahreshälfte 2007 um rd. 40 Prozent in die Höhe.

Am 2.5.2008 revidierte das Parlament aufgrund der hohen Einnahmen (plus 42 Prozent gegenüber 2007) den Staatshaushalt für das Jahr 2008. Der Schwerpunkt der Investitionen liegt insbesondere auf Infrastrukturprojekten und dem Militär (Ausgabensteigerung um 53 Prozent bzw. 32 Prozent auf jeweils ca. zwei Milliarden US-Dollar). Die Ausgaben für Bildung und Gesundheit wurden um lediglich zehn Prozent erhöht.

Berg-Karabach: Die Präsidentschaftswahl in dem autonomen Gebiet am 19.7.2007 gewann der ehemalige Sicherheitschef Berg-Karabachs, Bako Sahakjan, mit 85 Prozent der Stimmen. Der stellvertretende Außenminister Masis Mailian erreichte 12 Prozent. Rund 77 Prozent der 92.000 Stimmberechtigten nahmen an der Abstimmung teil. Amtsinhaber Arkadi Gukasjan hatte nach zwei Amtsperioden nicht mehr antreten dürfen.

Am 4.3.2008 kam es entlang der Waffenstillstandslinie zu tagelangen Gefechten zwischen aserbaidsschanischen und armenischen Einheiten. Beide Seiten beschuldigten sich gegenseitig, den Gewaltausbruch provoziert zu haben. Unterschiedlichen Angaben zufolge kamen bei den schwersten Zusammenstößen seit dem Krieg um Berg-Karabach von 1991 bis 1994 zwischen 10 und 20 Personen ums Leben. Am 14.3.2008 nahm die UN-Generalversammlung die von Aserbaidsschan eingebrachte Resolution an, dass sich Armenien aus allen besetzten Gebieten zurückziehen solle. Frankreich, Russland und die USA, die in der Minsker OSZE-Gruppe die Gespräche zwischen den beiden Konfliktparteien moderieren, enthielten sich der Stimme. Nach Gesprächen mit dem aserbaidsschanischen und armenischen Außenminister forderte die OSZE am 19.3. beide Staaten auf, sich an das Waffenstillstandsabkommen von 1994 zu halten und von weiteren Feindseligkeiten Abstand zu nehmen.

Georgien: Massenproteste und russische Panzer

Das Kaukasusland erlebte 2007/08 das innenpolitisch unruhigste Jahr seit der Rosenrevolution 2003: Nach Massenprotesten der Opposition verhängte Präsident Michail Saakaschwili im November 2007 den Ausnahmezustand. Vorgezogene Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Januar bzw. Mai 2008 konnten die innenpolitischen Spannungen nicht beseitigen. Im August 2008 eskalierte der Konflikt mit dem autonomen Gebiet Südossetien, die Russische Föderation griff mit schweren Waffen in den fünf Tage dauernden Krieg ein.

Verfahren gegen Oppositionspolitiker: Die Verhaftung des Oppositionspolitikers Irakli Okruaschwili wegen angeblicher Korruption und Machtmissbrauch am 27.9.2007 löste tagelange Massendemonstrationen aus. Okruaschwili, als ehemaliger Innen- sowie Verteidigungsminister einst einer der engsten Verbündeten Saakaschwilis, war im November 2006 aus der Regierung ausgeschieden. Am 25.9., zwei Tage vor seiner Verhaftung, hatte er Saakaschwili in einer Live-TV-Sendung Günstlingswirtschaft und Anstiftung zum Mord politischer Gegner vorgeworfen. Ein Gericht in Tbilissi verurteilte Okruaschwili – der am 8.10. gegen Kautions wieder freigekommen und daraufhin nach Frankreich geflüchtet war – am 28.3. 2008 in Abwesenheit zu elf Jahren Gefängnis wegen Veruntreuung. Am 21.4. 2008 gewährte Frankreich Okruaschwili Asyl.

Proteste: Am 28.9.2007 versammelten sich nach einem Aufruf fast aller Oppositionsparteien Tausende vor dem Parlament und verlangten Okruaschwilis Freilassung. Außerdem forderten sie eine effektive Machtkontrolle und vorgezogene Wahlen. Die Proteste entwickelten sich schnell zu einer allgemeinen Demonstration der Unzufriedenheit zahlreicher Georgier mit ihren Lebensverhältnissen. Am 2.11. versammelten sich unterschiedlichen Angaben zufolge 10.000 bis 100.000 Menschen zu einer Großdemonstration im Zentrum von Tbilissi. An den folgenden Tagen errichtete die Opposition ein Zeltlager vor dem Parlament und erhob den Rücktritt von Präsident Saakaschwili zu ihrer zentralen Forderung.

Nachdem die Polizei die Zeltstadt am 7.11. mit Gewalt geräumt hatte, kam es zu schweren Zusammenstößen mit Tausenden Demonstranten. Mehr als 500 Menschen wurden dabei verletzt. Am Abend stürmten Sicherheitskräfte bei laufendem Sendebetrieb den oppositionellen Fernsehsenders Imedi, der die Demonstrationen live übertragen hatte. Zahlreiche Journalisten wurden verhaftet, die technische Ausrüstung des Senders zerstört.

Daraufhin rief Präsident Saakaschwili den Ausnahmezustand aus und kündigte am Folgetag überraschend Präsidentschaftswahlen für Januar 2008 an. Am 16.11. wurde der Ausnahmezustand wieder aufgehoben, am selben Tag entließ Saakaschwili die Regierung und ernannte den 36-jährigen Wladimer »Lado« Gurgensidse, den bisherigen Chef der privaten Bank von Georgien, zum neuen Regierungschef.

Der Sender Imedi nahm seinen Betrieb am 12.12.2007 wieder auf, wurde aber zwei Wochen später – dieses Mal auf Betreiben der Redaktion, die sich nicht für politische Intrigen im Wahlkampf missbrauchen lassen wollte – erneut geschlossen.

Präsidentenschaftswahl: Die zur Entschärfung der innenpolitischen Krise vorgezogene Präsidentenschaftswahl am 5.1.2008 gewann Saakaschwili in der ersten Runde knapp mit 53,5 Prozent der Stimmen. Der parteilose Unternehmer Lewan Gatschetschiladse kam als Spitzenkandidat des neun Parteien umfassenden Oppositionsbündnisses auf 25,7 Prozent. Der landesweit bekannte Oligarch und Eigentümer des Fernsehsenders Imedi, Badri Patarkazischwili, wurde mit 7,1 Prozent der Stimmen drittstärkster Kandidat. Insgesamt stellten sich sieben Kandidaten zur Wahl.

Die OSZE bewertete die Wahl, an der 56,2 Prozent der Stimmberechtigten teilnahmen, trotz fehlerhafter Wählerlisten und einseitiger Medienberichterstattung in einer vorläufigen Stellungnahme am Wahltag positiv. Ein Großteil der demokratischen Verpflichtungen sei erfüllt worden. Ihr endgültiger Bericht vom 4.3. fiel allerdings kritischer aus und wies auf Unregelmäßigkeiten bei der Auszählung der Stimmen hin. Die Wahl wurde von Protestdemonstrationen der Opposition begleitet, die bis Mitte März 2008 anhielten.

Innenpolitik und Parlamentswahl: Am 12.3.2008 verabschiedete das Parlament in Reaktion auf die Oppositionsproteste eine Verfassungsänderung, mit der sich die Zahl der Abgeordneten von 235 auf 150 verringert und die eine Hälfte der Parlamentarier künftig in Einmandatskreisen nach dem Mehrheitswahlrecht gewählt wird, die andere Hälfte per Parteiliste nach dem Proporzprinzip. Als Zugeständnis an die Opposition wurde die Hürde für den Einzug ins Parlament von sieben auf fünf Prozent verringert.

Überraschend verkündete Nino Burdschanadse, die als Parlamentspräsidentin und gemäßigte Mitstreiterin Saakaschwilis sieben Jahre eine entscheidende Rolle gespielt hatte, am 21.4.2008 ihren Rückzug aus der Politik.

Die aufgrund der Proteste vom Herbst 2008 ebenfalls vorgezogene Parlamentswahl am 21.5.2008 gewann Saakaschwilis regierende Vereinte Nationale Bewegung mit 59,5 Prozent der Stimmen. Drei weitere Parteien übersprangen die Fünf-Prozent-Hürde: die Vereinte Opposition mit 17,7 Prozent, die neu gegründete Christlich-Demokratische Partei mit 8,3 Prozent und die Arbeitspartei mit 7,5 Prozent. Die Opposition erkannte die Wahlergebnisse nicht an und weigerte sich, ihre 18 Mandate anzunehmen. Erneut versammelten sich am 26.5., dem Unabhängigkeitstag, Tausende zu Protestdemonstrationen in der Hauptstadt.

Russland: Die Beziehungen zu Moskau blieben weiter angespannt. Zwar wurde nach einhalbjähriger Blockade im März 2008 der Flugverkehr zwischen beiden Seiten wieder aufgenommen. Außerdem kündigte der russische Präsident Wladimir Putin Mitte April 2008 an, sein Land wieder für Waren aus Georgien zu öffnen. Zur Belastung des Verhältnisses trug jedoch die Entscheidung Moskaus Anfang März 2008 bei, die von der GUS 1996 gegen Abchasien und Südossetien verhängte Wirtschaftsblockade wieder aufzuheben.

Kritik löste auch der Erlass Putins vom 16.4.2008 aus, mit dem er seine Regierung beauftragte, intensiv mit den nicht anerkannten Regierungen Abchasiens und Südossetiens zusammenzuarbeiten und deren Gesetzgebung zu beachten. Für weitere Spannungen sorgte am 20.4. ein über abchasischem Territorium abgeschossenes

georgisches Aufklärungsflugzeug. Eine Untersuchungskommission der UN kam am 26.5. zu dem Schluss, die russische Luftwaffe habe die Drohne abgeschossen, was Moskau dementierte.

Bei einem Wirtschaftstreffen der Staats- und Regierungschefs der GUS-Staaten in St. Petersburg am 6.6.2008 versicherten Präsident Saakaschwili und sein russischer Amtskollege, Dmitri Medwedew, an einer Entspannung ihrer Beziehungen arbeiten zu wollen. Zugleich warnte der russische Außenminister Sergej Lawrow, der von Georgien angestrebte NATO-Beitritt könne zu einer Spirale der Konfrontation führen.

Abchasien: Am 28.3.2008 lehnte die abchasische Führung ein Friedensangebot aus Tbilissi ab. Dieses sah die Schaffung einer Freihandelszone und den Posten eines abchasischen Vizepräsidenten in der georgischen Regierung vor. Am Tag der georgischen Parlamentswahl (21.5.) griffen unbestätigten Medienberichten zufolge Unbekannte einen Bus, der georgische Wähler aus Abchasien in die benachbarte georgische Region Samegrelo bringen sollte, mit Granaten an.

Nach ebenfalls nicht bestätigten Berichten über die Verlegung mehrerer hundert georgischer Soldaten in das an der Grenze zu Abchasien gelegene Kodori-Tal Ende April 2008 verstärkte Russland seine Truppen in der Region um rund 1000 Mann. Laut eines Berichts des russischen Außenministeriums vom 8.5.2008 sind seither 2542 Soldaten in der Region präsent. Weitere 400 unbewaffnete russische Soldaten wurden am 31.5. zur Reparatur von Bahngleisen nach Abchasien geschickt.

Südossetien: Nachdem Saakaschwili im Mai 2007 den 38-jährigen ehemaligen Unabhängigkeitskämpfer Dmitri Sanakojew zum Vorsitzenden einer provisorischen Regierung von Südossetien ernannt hatte, stiegen die Spannungen in der Region kontinuierlich. Durch den Aufbau einer pro-georgischen Parallelregierung versuchte Tbilissi, die Separatisten um den gewählten Präsidenten Südossetiens, Eduard Kokoity, an den Rand zu drängen. Nach einem Angriff der georgischen Armee am 4.7.2008 auf Zchinwali und umliegende Dörfer mit drei Toten und zehn Verletzten ordnete Südossetien die „totale Mobilmachung“ an.

Wirtschaft: Georgien verzeichnete 2007 erneut ein starkes Wirtschaftswachstum (BIP-Zuwachs von zwölf Prozent), eine ähnliche Entwicklung (neun Prozent) erwartet der IWF für 2008. Vor allem private Investitionen trugen zu dieser Entwicklung bei, ein Großteil davon aus dem Ausland. Die Weltbank platzierte Georgien in ihrem „Doing Business Report 2008“ im Vergleich der Unternehmerfreundlichkeit von untersuchten 178 Ländern auf dem 18. Platz, womit es vor Deutschland (20. Platz) lag und sich im Vergleich zum Vorjahr (35. Platz) deutlich verbesserte. Nachdem die Regierung bereits 2007 die Registrierung von Unternehmen vereinfacht hatte, legte sie nach der Präsidentschaftswahl Anfang 2008 den Schwerpunkt auf die Vergabe von Mikrokrediten für Kleinunternehmer und stellte dafür 188 Millionen US-Dollar bereit.

ENDE

Dieser Text ist urheberrechtlich geschützt. Er darf ohne Genehmigung der Autorin nicht weiterverwertet werden. Insbesondere darf er nicht ganz oder in Auszügen abgeschrieben oder in sonstiger Weise vervielfältigt werden.